



## Inhaltsverzeichnis

18.11.2025	Südwest Presse Ulm: „Bei einer Million Jahren geht Sorgfalt vor Tempo“	3
18.11.2025	NWZ - Neue Württembergische Zeitung Göppingen: Endlager kommt wohl nicht	6
18.11.2025	Münsterland Zeitung: Rollen erste Castortransporte aus Jülich noch vor Gerichtsentscheidung?	8
17.11.2025	T-Online: Mini-Atomkraftwerke für Deutschland? Das steckt hinter den SMR	9
17.11.2025	ZEIT online: Kernkraft: Gericht will vor Atommülltransporten entscheiden	10

## „Bei einer Million Jahren geht Sorgfalt vor Tempo“

Atomkraft Die Ulmer Region kommt weiterhin infrage für ein Atommüllendlager. Über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert Dagmar Dehmer von der BGE – und erklärt, was das für eine Region bedeuten würde. Von Verena Eisele

Ein Teil der Ulmer Region gilt weiterhin als potenziell geeigneter Standort für ein deutsches Atommüllendlager. Am 3. November hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen neuen Arbeitsstand veröffentlicht. Auf ihrer Website zeigt eine farbcodierte Deutschlandkarte die jeweils infrage kommenden Regionen – und ein Streifen von Ehingen über Erbach, Senden und Neu-Ulm leuchtet darauf nun türkis, eine Seltenheit im bundesweiten Vergleich. Dagmar Dehmer, Kommunikationsleiterin der BGE, war bereits im Frühjahr in Ulm, um über das Verfahren zu informieren. Nun erläutert sie den aktuellen Stand der Suche und gibt Einblicke, wie solch ein Endlager eigentlich aussehen könnte.

Frau Dehmer, wo steht Deutschland derzeit im Verfahren zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall?

Dagmar Dehmer: Etwa knappe zwei Jahre vor dem Standortregionenvorschlag. Ende 2027 wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung Regionen für eine übertägige Erkundung vorschlagen, die sie für besonders geeignet hält.

Im Norden Deutschlands ist auf der Karte noch viel grau, also noch nicht kategorisiert worden. Woran liegt das?

Das liegt daran, dass wir im Norden ein Teilgebiet haben im Tongestein, das sich über das gesamte norddeutsche Becken und fast ganz Norddeutschland zieht. Das ist einfach ein enorm großes Teilgebiet mit sehr vielen komplexen geologischen Gegebenheiten, das macht am meisten Arbeit. Deshalb sind wir da mit den Prüfschritten eins und zwei noch nicht durch (Anm. d. Red.:

Insgesamt gibt es vier Prüfschritte). Wir wollen aber bis Juni des kommenden Jahres auch dieses Gebiet kategorisiert haben.

Was war der wichtigste Fortschritt im vergangenen Jahr?

Dass wir jetzt 53 Prozent unserer Teilgebietsflächen bereits kategorisiert haben, und zwar als geeignet oder wenig geeignet. Damit ist insgesamt die Fläche, an der wir noch arbeiten, kleiner geworden. Wir sind jetzt noch auf 47 Prozent der Teilgebietsfläche unterwegs. Davon sind 44 Prozent noch in den frühen Prüfschritten eins und zwei. Drei Prozent haben wir auf der Karte türkis gekennzeichnet (Anm. d. Red.: Prüfschritte eins und zwei bestanden). Dazu gehört die Region Ulm im Opa-linuston. Diese Gebiete bearbeiten wir weiter mit weiteren Prüfschritten.

Diese könnten dann auch in der besser geeigneten Kategorie B oder sogar in der besten Kategorie A landen?

Das ist möglich. Es ist aber auch möglich, dass wir bei der genaueren Sichtung der Daten noch auf Hinweise stoßen, die wir davor noch nicht haben identifizieren können. Dann kann es auch noch mal eine Abwertung geben. Sie könnten daher auch noch in C (Anm. d. Red.: „gering geeignet“) landen, wenn sie nämlich beim Prüfschritt drei rausfallen.

Wie wahrscheinlich ist es, dass die Ulmer Region in Kategorie A landet?

Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Das ist ja genau der Witz der Prüf-

schritte drei und vier, dass ich das wirklich noch nicht wissen kann.

Im Südwesten gibt es noch zwei Gebiete, die auch nach den ersten beiden Prüfschritten im Rennen bleiben. Das sind zwei Gebiete im Schwarzwald und eines bei Heidelberg.

Ja, dort gibt es Kristallingestein.

Gibt es im Verfahren unter diesen ein favorisiertes Gebiet für ein mögliches Endlager?

Nein, das sind die Gebiete, die einfach besser abgeschnitten haben als die Gebiete darum herum. Sie haben die ersten Prüfschritte überstanden. Das heißt, wir haben nach dem zweiten Prüfschritt dort einen erkennbar bestimmbar Gesteinskörper im Kristallin, der eben ausreichend groß, in der richtigen Tiefe und in der richtigen Dicke vorhanden ist, um unser Endlager im Zweifel aufzunehmen. Und ob das jetzt wirklich sicher ist, das sind die Prüfschritte, die jetzt kommen.

Das Gebiet in der Ulmer Region überschreitet die bayerische Landesgrenze. Ministerpräsident Markus Söder hat ein Atommüllendlager in Bayern ausgeschlossen. Was sagen Sie dazu?

Seine Behörden halten sich selbstverständlich an Recht und Gesetz und haben uns mit den geologischen Daten, die wir bei ihnen angefragt haben, immer beliefert. Wir sind auch in einem intensiven fachlichen Austausch mit dem geologischen Dienst in Bayern. Wir haben da eigentlich keine größeren Probleme. Eine politische Willensäußerung und eine rechtlich einwandfreie Umset-

zung sind eben zwei verschiedene Dinge.

Es wird immer wieder Kritik laut, dass das Verfahren zu lange dauere. Können Sie das verstehen?

Ich verstehe die Ungeduld. Wir haben es aber mit Abfällen zu tun, die bis zu einer Million Jahre einen Schaden anrichten können. Da ist Sorgfalt wichtiger als Tempo. Und: Wir haben eine Endlagerung auf der weißen Landkarte gestartet. Was will man denn erwarten? Bis 2020 hatten wir zudem die Rechtslage, dass geologische Daten in Papierform an die geologischen Dienste übergeben werden mussten. Wir haben also wahn-sinnig viele analoge Daten. Die muss man erstmal digitalisieren. Das sind alles Schritte, die Zeit kosten. Ja, natürlich hat sich das im Detail niemand so richtig vorgestellt, bevor man angefangen hat, die Projektpläne zu machen. Aber wir sind da nicht allein.

Warum sind aber andere Länder schneller?

Selbst Finnland, das immer als Vorbild aufgeführt wird, hat 40 Jahre gebraucht. Und auch Frankreich, das für seinen Zentralismus bekannt ist und auch dafür, im Zweifel Sachen durchzusetzen, hat mehr als 40 Jahre gebraucht. Also sind wir da eigentlich ganz gut unterwegs. Trotzdem verstehe ich, dass es schwerfällt, sich mit einem Generationenprojekt zu beschäftigen, das zudem viele Menschen nervt und das niemand haben will. Deshalb ist die Bundesregierung jetzt dabei, Optimierungsmöglichkeiten zu diskutieren und über eine Novelle des Standortauswahlgesetzes nachzudenken.

Können Sie das genauer erklären?

Die Technik hat hier enorme Fortschritte gemacht. Deshalb gibt es schon länger Vorschläge, Erkundungsbergwerke nur dann in Angriff zu nehmen, wenn man sie auch wirklich braucht, um den Standort zu bestimmen. Bei einem Ver-

zicht könnte man um die 20 Jahre einsparen.

Mitte des Jahrhunderts wurde immer als Ziel genannt, bis wann ein Standort festgelegt sein soll.

Das gilt nur, wenn wir keine Erkundungsbergwerke errichten. Sonst landen wir in den 2070er-Jahren.

Blicken wir einmal in diese Zukunft: Wie sähe so ein Endlager aus?

Ein klares Bild dazu haben wir noch nicht. Wir arbeiten im Moment gerade daran, alle Anlagenteile, die ein Endlager auch über der Erde braucht, zu entwickeln und abzuschätzen, wie viel Platz diese brauchen. Unter der Erde - angenommen, wir würden in den Ton gehen - werden wir um die zehn Quadratkilometer brauchen.

Können Sie Beispiele für solche Anlagen über der Erde nennen?

Wir brauchen mindestens zwei Schächte – das wäre die platzsparende Variante des Bergwerks. Wenn eine Rampe benötigt werden sollte, braucht man aber mehr Platz. Dazu kommen dann die üblichen Sicherungsanlagen und die Gebäude für den Umgang mit den radioaktiven Abfällen: eine Umladehalle, in der die Abfälle aus den Transportbehältern in Endlagerbehälter umgeladen werden, Gebäude für die Lüftungs- und Filtertechnik sowie ein Schornstein, über den die Abluft abgeführt wird. An der Aufzählung merken Sie schon: mit zehn Hektar ist es höchstwahrscheinlich nicht getan. Aber ob es jetzt 50, 100 oder 150 Hektar sind, die wir brauchen, das kann ich Ihnen noch nicht sagen.

Und was ist mit der Strahlung über der Erde?

Es gibt Radionuklide, die kann man nicht rausfiltern, wie beispielsweise Tritium. Das ist so klein, dass es in keinem

Filter bleibt, sondern überall durchkommt. Das ist nicht supergefährlich, aber es ist eben trotzdem ein Radionuklid, das abgeleitet wird. Um also die richtige Verdünnung herzustellen, wird der Schornstein hoch gebaut werden müssen. Damit die unmittelbare Umgebung nicht zu stark belastet wird, sondern dass es sich eben besser verteilt.

Was bedeutet das für Mensch und Natur?

Wir werden nie über die Grenzwerte kommen, sonst würde so eine Anlage nicht genehmigt werden. Wir haben natürlich bedingt eine radioaktive Hintergrundbelastung mit natürlichen Schwankungen. Diese wird durch ein Endlager minimal erhöht. Kurz gesagt: Wenn Sie aus irgendwelchen Gründen mehrmals im Jahr geröntgt werden müssen, wird ihre Belastung höher sein als die durch das Endlager.

Wird der Standort, der am Ende ausgewählt wird, finanzielle Ausgleich erhalten?

Das ist ein Thema für die Regional-konferenzen (Anm. d. Red.: gesetzlich vorgeschriebenes Beteiligungsformat). Wenn diese eine Vorstellung hat, wie sie ihre Region entwickeln möchte, dann kann sie natürlich sagen, welche Fragen sie beantwortet haben will. Ist es zum Beispiel eine Chance für Tourismus, in dem Fall Fachtourismus? Ist es eine Chance für ein Kompetenzcluster zur Endlagerung? Oder könnte es ein Logistikstandort werden, der gute Jobs schaffen kann? Die übergeordnete Frage dabei ist: Was kann man mit so einer Industrieanlage an regionaler Entwicklung schaffen? Das kann die Regionalkonferenz beeinflussen. Geld wird es sicherlich geben, wir wissen nur noch nicht, in welcher Form. Welche Art von Kompensation sinnvoll wäre, wird in den Regionalkonferenzen verhandelt werden.

Mögliche Standorte

Wörter:	1.380	Jahrgang:	81
Autor/-in:	Verena Eisele	Nummer:	266
Seite:	25	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	REGION	Auflage <sup>1</sup> :	23.682 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		25.646 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		25.898 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite <sup>2</sup> :	0,094 (in Mio)

Urheberinformation: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

## Endlager kommt wohl nicht

Atom­müll Die meisten Gebiete im Landkreis haben den zweiten Prüfschritt der Suche nach einem Endlager nicht bestanden. Wenige Flächen sind noch in Bearbeitung. Von Dirk Hülser

Wo soll das Endlager für den deutschen Atom­müll hinkommen? Das untersucht die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) seit Jahren, in einem ersten Zwischenbericht erwartete sie im Jahr 2020 für die Teilgebiete 01 und 13, die den Kreis Göppingen tangieren, eine „günstige geologische Gesamtsituation für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“. Damals waren noch 54 Prozent der Fläche in Deutschland im Rennen. Vor einem Jahr, im November 2024, waren noch 44 Prozent der Republik im Spiel, im Kreis Göppingen waren einige wenige Gebiete anders eingestuft und nicht mehr oder nur gering geeignet.

„Prüfschritt 2 nicht bestanden“

Jetzt wurde erneut ein Zwischenbericht vorgelegt, weitere Gebiete wurden aussortiert, nur noch 25 Prozent der bundesweiten Fläche kommen überhaupt infrage. Und der Kreis Göppingen ist – weitgehend – nicht mehr darunter. Das Verfahren befindet sich derzeit im Prüfschritt 2, für die Region, die den Kreis Göppingen einschließt, schreibt die BGE: „Prüfschritt 2 nicht bestanden (geringe Eignung)“. Dabei hatte es zu Beginn aus Sicht der beteiligten Geologen noch so ausgesehen, als seien hier die Voraussetzungen für ein atomares Endlager womöglich gegeben, weist die Gegend doch fast überall sogenanntes kristallines Wirtsgestein auf. Und das ist, schreibt die BGE, „neben Steinsalz und Tongestein, eines der Wirtsgesteine, die sich für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle eignen“.

Was hat nun dazu geführt, dass der Kreis dennoch weitgehend aus dem

Prüfverfahren ausgeschlossen wurde? Das BGE benennt den Grund: „In diesem Gebiet ist die Mächtigkeit der sedimentären Überdeckung größer als 200 Meter. Damit sind die Bedingungen für eine verlässliche Charakterisierung der kristallinen Wirtsgesteinseinheiten im Liegenden mithilfe zukünftiger Erkundungen ungünstig.“ Unter sedimentären Überdeckungen verstehen Geologen durch Erosion oder Verwitterung im Laufe der Zeit entstandene Schichten, die nicht die Festigkeit von kristallinem (Granit) oder Tongestein besitzen.

Ein paar wenige punktuelle Flächen gibt es im Landkreis dennoch, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, sie sind auf der im Internet verfügbaren Karte (siehe Infobox) der Bundesgesellschaft grau dargestellt. Das bedeutet, es handelt sich um Gebiete, zu denen noch keine Einordnung vorliegt. Es sind aber relativ kleine Flächen, zudem oftmals im unmittelbaren Umfeld von Städten oder größeren Kommunen, was ein Ausschlusskriterium ist.

So ist etwa ein Streifen von Rechberghausen bis Plochingen grau eingefärbt und umfasst die Kommunen Wangen, Ebersbach und Reichenbach/Fils, auch Uhingen wird gestreift. Zudem sind zwei Areale im Schurwald grau eingefärbt: nördlich von Uhingen und rund um Börtlingen. Graue Flächen finden sich auch um Gruibingen, Bad Überkingen, Gingen und Kuchen.

Jedoch differenziert die BGE mittlerweile bei den Flächen, die noch in Bearbeitung sind: Jene, die weiterhin im Rennen bleiben, also mutmaßlich gut ge-

eignet sein könnten, sind jetzt türkis und nicht mehr grau eingefärbt, das trifft im Kreis Göppingen nirgends zu. Die nächsten Flächen in dieser Farbe befinden sich rund um Ulm, in einem breiten Streifen zwischen Riedlingen und Leipheim.

Suche bis ins Jahr 2050

Auf einen Punkt weist die Bundesgesellschaft für Endlagerung allerdings bei den Einstufungen der Standortregionen ausdrücklich hin: „Sie bleiben so lange vorläufig, bis die BGE dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) die Standortregionen vorgeschlagen, das BASE den Vorschlag geprüft und der Gesetzgeber die Standortregionen festgelegt hat.“

Bis spätestens 2050 soll ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atom­müll gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren Atomkraftnutzung angefallen ist. Das wäre etwa 20 Jahre später als ursprünglich geplant. Der Standort soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Derzeit lagert deutscher Atom­müll in sechzehn oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern. Die letzten deutschen Atomkraftwerke sind seit April 2023 außer Betrieb.

Interaktive Standort-Karte im Netz

Zur interaktiven Karte der Bundesgesellschaft für Endlagerung geht es hier entlang: <https://navigator.bge.de/phase-i-schritt-2/der-weg-zu-den-standortregionen>

Wörter:	601	Jahrgang:	80
Autor/-in:	Dirk Hülser	Nummer:	266
Seite:	15	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	KREIS GÖPPINGEN	Auflage <sup>1</sup> :	18.547 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		19.806 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		19.984 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite <sup>2</sup> :	0,06166 (in Mio)

Urheberinformation: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen

## Rollen erste Castortransporte aus Jülich noch vor Gerichtsentscheidung?

Dass Castorbehälter mit Atommüll aus Jülich nach Ahaus rollen, scheint fast klar. Nur der Zeitpunkt scheint noch fraglich. Angeblich geht es schon im November los.

Starten die ersten Castortransporte von Jülich nach Ahaus noch bevor die Klage des BUND entschieden ist? Ein Medienbericht von Montagmorgen (17. November) deutet das an: Mit Verweis auf „Kreise, die mit der Organisation der Atommüllverlagerung quer durch NRW betraut sind“, berichtet die Neue Rhein Zeitung (NRZ) darüber, dass schon Ende November die ersten Transporte rollen sollen. Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) kommentiert mögliche Transporttermine nicht. Verschlussache. Sie bewege sich innerhalb der engen Vorgaben der unverzüglichen Räumungsanordnung. Die gilt seit 2013. Die formalen Voraussetzungen für die Transporte lägen jetzt vor, die Genehmigungen dafür sind auf zwei Jahre befristet. Daher sei die JEN gehalten, die Transporte voranzutreiben. Auch der Transporteur, die Orano NCS, gibt sich wie in der Vergangenheit verschlossen. Anti-Atomkraft-Initiativen aus Jülich und

dem Münsterland zeigen sich jedenfalls entsetzt über die Recherchen: Die Sicherheitsbehörden in NRW würden offensichtlich mit Billigung der schwarzgrünen Landesregierung planen, den ersten Castor-Transport von Jülich nach Ahaus noch im November rollen zu lassen.

Dies soll „ausdrücklich“ ohne die noch ausstehende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin über eine Eilklage des BUND gegen den Sofort-Vollzug der Transportgenehmigung erfolgen. Am Tag des ersten Castor-Transports soll es um 18 Uhr in Ahaus ab Bahnhof sowie in Jülich vor dem Forschungszentrum eine Kundgebung sowie eine Demo geben. Am 14. Dezember ist ein großer Advents-Sonntagsspaziergang am Zwischenlager in Ahaus geplant. Auch am Tag nach der Verkündung des Verwaltungsgerichts-Urteils soll es in Jülich und Ahaus Mahnwachen geben. Weitere Proteste seien in Vorbereitung, heißt es von den Initiativen.

Über 500 Demonstranten

Zur letzten groß-angelegten Demo hatten Anfang Oktober 2025 rund 40 Initiativen aufgerufen. Am Ende standen über 500 Demonstranten im Dauerregen auf dem Rathausplatz. Massive Kritik an den geplanten Transporten gibt es seit diesem Jahr auch von der Polizei, die die Transporte absichern wird: Michael Mertens, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, hatte sie im Februar 2025 als reine Beschäftigungsmaßnahme bezeichnet.

Die Transporte würden sich auf mehr als 50 Fahrten mit schweren LKW verteilen, vermutlich nachts. Entlang der etwa 170 Kilometer Strecke müssten sie breiträumig von der Polizei geschützt werden. Angeschlagene Brücken und marode Straßen stellen ein großes Problem für den Transport dar. Eine Klage der Stadt Ahaus sowie des Ahausers Theo Schwarte gegen die Einlagerung der Castorbehälter aus Jülich im Zwischenlager Ahaus hatte das Oberverwaltungsgericht Münster im Dezember 2024 abgewiesen.

Wörter: 422  
Autor/-in: Rape, Stephan  
185754  
sjt  
Seite: 17  
Ressort: Ahaus  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 9.621 (gedruckt)  
14.018 (verkauft)  
17.602 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,05137 (in Mio)

Urheberinformation: Münsterland Zeitung

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 T-Online

## Mini-Atomkraftwerke für Deutschland? Das steckt hinter den SMR

17. November 2025 13:54 | Medienart: Online | Visits/Monat: 460.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

CSU-Chef Markus Söder fordert den Bau sogenannter SMR in Deutschland. Das Problem ist nur: Diese Mini-AKW gibt es noch gar nicht. CSU-Chef Markus Söder fordert einen umfassenden Kurswechsel in der deutschen Energiepolitik – bis hin zum Bau von neuen Atomkraftwerken. "Es geht nicht darum, dass wie früher große Meiler hochgezogen werden. Ich spreche von kleineren, smarten Reaktoren, wie es sie in Kanada bereits gibt", sagte der bayerische Ministerpräsident der "Welt am Sonntag". Nach Söders Worten muss der Staat derartige "Mini-Meiler" nicht mit so hohen Summen subventionieren wie frühere Anlagen. Die Mini-Anlagen könnten zu geringeren Strompreisen in Deutschland beitragen, so Söder. Die SPD lehnte den Vorstoß umgehend ab. Nina Scheer, energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, sagte der Zeitung "Welt": "Atomenergie-Gewinnung ist die teuerste Form der Energiegewinnung." Die sogenannten Small Modular Reactors (SMR) seien wie auch herkömmliche Atomkraftwerke ein enormes Sicherheitsrisiko und verursachten noch mehr Atommüll als größere Atomreaktoren.

SMR: Das steckt hinter den Mini-AKW Die Forderung nach dem Bau von SMR gab es in den vergangenen Jahren immer wieder. Dabei wird häufig der Eindruck erweckt, als handle es sich um kleine Atomkraftwerke, die man innerhalb kurzer Zeit aufstellen könne. Das ist aber nicht gesagt. Denn tatsächlich existieren noch keine Erfahrungswerte: Weltweit existiert noch kein Mini-AKW, das Strom ins Netz einspeist. Als erstes SMR soll Ende 2026 das "Linglong One" in China in Betrieb gehen. Das SMR in Kanada, von dem Markus Söder in der "Welt am Sonntag" sprach, hat dagegen gerade erst die Baugenehmigung erhalten. Diese ist bis 2035 gültig. Weltweit gibt es 80 verschiedene SMR-Konzepte in 18 Ländern. Unter SMR versteht man kleine Atomreaktoren, die etwa 300 Megawatt an Energie erzeugen können. Herkömmliche AKW weisen eine Leistung von etwa 1 Gigawatt auf. Prinzipiell gibt es die Idee der SMR schon seit den 1950er-Jahren. Laut dem Bundesamt für nukleare Sicherheit (BASE) handelt es sich bei der Mehrheit der SMR, von denen heute gesprochen wird, um Konzeptstudien. Der Begriff SMR bündelt außerdem verschiedene Konzepte, die unterschiedlich realistisch sind. SMR produzieren auch Atommüll – allerdings kann man nicht pauschal sagen, dass sie mehr davon produzieren als herkömmliche Modelle, so wie die SPD-Abgeordnete Scheers behauptet. Um dazu genaue Angaben machen zu können, braucht es mehr Beispiele von Reaktoren, die in Betrieb sind. Fest steht allerdings, dass man genauso wie für normale AKW auch für die kleineren Anlagen eine Endlagerlösung bräuchte.

EU treibt Forschung an Mini-AKW voran In Europa gibt es eine SMR-Allianz, die an der Erforschung und Erprobung von SMR arbeitet – nach Angaben von Siemens Energy könnten erste SMR in Europa in den 2030er-Jahren gebaut werden. Siemens Energy möchte nach eigenen Angaben zu den ersten

Unternehmen gehören, die Mini-AKW errichten. SMR steht zwar für "small nuclear reactor" – das bedeutet aber nicht, dass diese Anlagen klein sind. Sie benötigen nach aktuellem Stand eine Fläche von zwei Fußballfeldern. Das ist zwar kleiner als ein normales Atomkraftwerk, aber eigentlich nicht "klein". Dennoch zählt zu den Vorteilen der SMR, dass die Suche nach einem geeigneten Standort leichter ausfallen könnte. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass in näherer Zukunft nicht in großem Stil SMR gebaut werden. Die Forschung läuft jedoch auf Hochtouren. Damit ist es denkbar, dass etwa in zehn Jahren ein SMR in Europa stehen könnte. Der Erfolg einer solchen Anlage würde dann vermutlich darüber entscheiden, ob weitere Anlagen realisiert werden. Durch die fehlende Erfahrung bleiben aber viele offene Fragen: Was würden Bau und Betrieb eines SMR kosten? Könnten die Mini-Anlagen ohne Subventionen entstehen und überleben? Wie viel Atommüll würde erzeugt? Welche Sicherheitsanforderungen müssten die Anlagen erfüllen? All das ist noch zu klären, bevor sich eine seriöse Aussage darüber treffen lässt, inwiefern SMR die Stromerzeugung "revolutionieren" könnten, wie manche glauben.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

## Kernkraft: Gericht will vor Atommülltransporten entscheiden

17. November 2025 16:38 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Kernkraft Gericht will vor Atommülltransporten entscheiden

Wann startet der umstrittene Transport von 152 Castor-Behältern mit radioaktivem Material vom rheinischen Jülich ins Zwischenlager Ahaus im Münsterland quer durch Nordrhein-Westfalen? Das Verwaltungsgericht Berlin will spätestens im Dezember über den Eilantrag der Umweltschutzorganisation BUND entscheiden und geht davon aus, "dass bis dahin kein Transport erfolgen wird", wie ein Gerichtssprecher der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte.

Sollte das Berliner Verwaltungsgericht dem Antrag des BUND stattgeben, wäre ein Transport rechtlich nicht mehr zulässig, erklärte er. Sollte das Gericht den Antrag des BUND zurückweisen, würde es bei der sofortigen Vollziehung der Transportgenehmigung bleiben und der Transport könnte stattfinden. Gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts hätten die Beteiligten jedoch das Rechtsmittel der Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht Berlin -Brandenburg.

## BUND will keine Transporte vor Gerichtsentscheidung

Der Geschäftsleiter des BUND NRW, Dirk Jansen, appellierte an alle Beteiligten, die Gerichtsentscheidung abzuwarten und nicht schon vorher die ersten Castor-Behälter mit **Atommüll** aus Jülich auf die Fahrt nach Ahaus zu schicken. "Wir haben 22.000 Seiten Verfahrensunterlagen bekommen, die in Teilen geschwärzt waren", sagte er der dpa. Nach dieser Akteneinsicht werde der BUND NRW seinen Eilantrag fristgerecht bis diesen Dienstag begründen.

Im Detail geht es dem BUND NRW darum, die aufschiebende Wirkung seines Widerspruches gegen die Genehmigung des Transportes durch das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** wiederherzustellen. Weil das **Bundesamt** in Berlin sitzt, ist das Verwaltungsgericht dort zuständig. "Ob die Castoren rollen oder nicht rollen, ist eine politische Entscheidung", betonte er. Die Gerichtsentscheidung abzuwarten, sei aus Gründen der Transparenz wichtig. Zudem würden zur Weihnachtsmarktzeit viele Polizisten gebunden.

Die **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen** will nach früheren Äußerungen noch in diesem Jahr mit den Transporten beginnen. Sie ist die Betreiberin des Zwischenlagers Jülich und Auftraggeberin der Transporte. Nach Ansicht des BUND ist der Transport des **Atommülls** nicht hinreichend sicher und die Verlagerung von Jülich nach Ahaus bringe keinen Sicherheitsgewinn.

---